

Amt, Datum, Telefon

530 Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt, 03.01.2020, 51-5235

Drucksachen-Nr.

9959/2014-2020

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	21.01.2020	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Fragen der FDP-Ratsgruppe zum Legionellenbefund im Seniorenzentrum Baumheide in der SGA-Sitzung am 26. November 2019

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

SGA, 26.11.2019, TOP 5, 9781/2014-2020

Sachverhalt:

Am 26.11.2019 hat die FDP-Ratsgruppe der Verwaltung zur Sitzung des SGA am selben Tag zum TOP 5 „Legionellenbefund im Seniorenzentrum Baumheide - Bericht der Verwaltung“ einen Fragenkatalog zukommen lassen. Der Katalog umfasst 41 Fragen und knüpft an den Inhalt der in der Sitzungsvorlage 9781/2014-2020 enthaltenen Informationen an.

Die Staatsanwaltschaft Bielefeld hat ein Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Legionellenbefall in dem AWO-Seniorenzentrum eingeleitet. Im Hinblick darauf, dass in diesem Verfahren in alle Richtungen ermittelt wird, war und ist die Verwaltung gehalten, keine Informationen herauszugeben, die sich für die von den Strafverfolgungsbehörden aktuell oder im Zuge der Ermittlungen in den Fokus genommenen Personen als belastend darstellen können.

Alle Personen haben bereits als Zeugen das Recht, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung ihnen selbst die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden (vgl. § 55 Abs. 1 Strafprozessordnung). Die Beantwortung von Fragen durch die Verwaltung darf diese Rechte Dritter nicht untergraben. Trotzdem hat die Verwaltung den Sachverhalt in der Vorlage 9781/2014-2020 bereits umfassend dargestellt.

Nach Rücksprache mit dem Datenschutzbeauftragten und dem Rechtsamt können die Fragen der FDP-Ratsgruppe aus den genannten Gründen mit Rücksicht auf das laufende Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bielefeld großteils nicht beantwortet werden.

Im Folgenden wird lediglich zu bestimmten Aspekten fachlich Stellung genommen:

In den Vorjahren hat die Betreiberin - wie vorgeschrieben - Beprobungen im jährlichen Rhythmus vornehmen lassen. Die Betreiberpflichten und Aufgaben des Gesundheitsamtes in diesem Zusammenhang sind in der o.g. Vorlage auf den Seiten 2 ff. ausführlich dargestellt.

Die Ergebnisse der Vorjahre waren unauffällig. Die Wassertemperaturen werden stets mit den Probenergebnissen übermittelt.

Für die Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung nach der Trinkwasserverordnung gibt es Empfehlungen des Umweltbundesamtes. Weitere Gefährdungsanalysen für das AWO-Seniorenzentrum Baumheide sind dem Gesundheitsamt nicht bekannt.

Es gibt keine Datenerhebung darüber, wie viele Gefährdungsanalysen insgesamt in Bielefeld in den vergangenen Jahren erstellt werden mussten, es kommt aber sehr häufig vor. Nach der Trinkwasserverordnung ist eine solche Datenerhebung auch nicht vorgesehen. Jede Überschreitung des technischen Maßnahmewertes hat nach der Trinkwasserverordnung die Erstellung einer Gefährdungsanalyse zur Folge. So können sich rein rechnerisch 1 bis 2 Gefährdungsanalysen pro Tag ergeben, sowohl bei öffentlichen als auch bei gewerblichen Objekten.

Hinweise zur Befugnis für Gefährdungsanalysen ergeben sich aus den Empfehlungen des Umweltbundesamtes.

Das Seniorenzentrum Baumheide soll nach Aussagen der Betreiberin umfassend saniert werden. Aktuell werden die Planungen und notwendigen Abstimmungen dazu vorgenommen. Wann die Einrichtung wieder eröffnet wird, lässt sich erst nach Fertigstellung der Planungen sagen.

Die Verwaltung arbeitet intensiv daran, Schlussfolgerungen aus dem Vorgang zu ziehen. Die Ereignisse und die Ursachenforschung werden zum Anlass genommen, einerseits kurzfristig für das Gesundheitsamt überplanmäßiges Personal zu beantragen und andererseits eine organisatorische Untersuchung zu beauftragen, um Abläufe, Bearbeitungsstandards, Personalbedarfe und Kommunikationswege zu prüfen. Außerdem ist eine Arbeitsgruppe zwischen Gesundheitsamt und WTG-Behörde (ehemals Heimaufsicht) eingerichtet, um verbesserte Kommunikationsstrukturen zu erarbeiten. Die Verwaltung wird laufend weiter berichten.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.